



Bundesministerium  
des Innern

# innenpolitik

# 3

Informationen des Bundesministeriums des Innern | Nr. 3 September 2005



## Der Weg zur Bundestagswahl 2005



SPORT  
100 Nationen bei World Games



INNERE SICHERHEIT  
Zentrale gegen Geldfälscher



RELIGION  
Bund unterstützt Weltjugendtag

# Inhalt

## Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

wenn Sie diese „innenpolitik“ in den Händen halten, steht die vorgezogene Bundestagswahl vor der Tür. Hunderttausende Helfer haben ihren Einsatz noch vor sich. Viele Menschen waren – bei engen Terminen – mit den Vorbereitungen beschäftigt. Mit der Titelstory wollen wir zeigen, wie das Räderwerk abläuft, das Bundespräsident Horst Köhler mit seiner Entscheidung zur Auflösung des Bundestages in Gang gesetzt hat.

Die innere Sicherheit nimmt auch in dieser Ausgabe breiten Raum ein, ob es um die erweiterten Befugnisse von Europol beim Kampf gegen Geldfälscher geht, den Verfassungsschutzbericht oder um die Kriminalstatistik. Eine bedeutende Rolle bei der inneren Sicherheit spielt der ehemalige Bundesgrenzschutz, die heutige Bundespolizei, die wir in der Reihe „Innenansichten“ vorstellen.

Natürlich informieren wir wieder über die Vorbereitungen der Fußballweltmeisterschaft. Der Confederations Cup war dafür ein gelungener Test.

Die Redaktion



TITELSTORY

Der Weg zur Bundestagswahl 2005 **4**

SPORT

Sportliche Bundespolizei **8**

INNERE SICHERHEIT

Hilfe beim Kampf gegen Drogen **11**



INNERE SICHERHEIT

BKA-Institut wird neu gebaut **11**



INNERE SICHERHEIT

EU-Preis für Brandschutzforschung **12**

MIGRATION

Erneut deutlich weniger Asylbewerber **13**

FORUM INNENPOLITIK

THW in Rumänien **15**



## Impressum

Herausgeber: Bundesministerium des Innern, Referat Öffentlichkeitsarbeit, Alt Moabit 101 D, 10559 Berlin  
Gesamtkoordination: Dr. Joseph Dolezal (BMI) • Gestaltung, Redaktion, Produktion: MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH, Wassergasse 3, 10179 Berlin, innenpolitik@media-consulta.com • Bildnachweis: BMI, picture-alliance, THW, Axel Kolfenbach, Artevent/Eierding, Deutscher Bundestag/Achim Melde • Grafik: Marc Mendelson • Druck: Schreckhase Werbedruck GmbH, Spangenberg • Auflage: 19.500 Exemplare • Erscheinungsweise: bis zu 6 Ausgaben pro Jahr  
Vertrieb: innenpolitik wird kostenfrei geliefert; Bestellungen und Adressänderungen bitte nur schriftlich an: IBRo Funk und Marketing GmbH, Alte Schulstraße 15, 18184 Pastow



## 20 Jahre Schengen

Deutschland, Frankreich, Belgien, die Niederlande und Luxemburg haben am 14. Juni 1985 im luxemburgischen Schengen das Schengener Übereinkommen zum Abbau der Grenzkontrollen unterzeichnet. Auf dieser Grundlage wurde am 19. Juni 1990 das „Schengener Durchführungsübereinkommen“ abgeschlossen, das auf die Abschaffung der Kontrollen des Personenverkehrs an den gemeinsamen Grenzen zielte. Im Jahre 2000 gehörten dem so genannten Schengenraum bereits 15 europäische Staaten an, und durch den Beitritt der zehn neuen Mitgliedstaaten im Jahre 2004 wurde er noch einmal deutlich erweitert. Die Kontrollen an den Grenzen der neuen Mitgliedstaaten (zum Beispiel an der deutsch-polnischen Grenze) werden aber erst entfallen, wenn der Rat der Europäischen Union nach einer Überprüfung jedes einzelnen neuen Mitgliedstaats einstimmig entschieden hat, dass sämtliche Schengen-Standards erfüllt sind, insbesondere auch hinsichtlich der Sicherung der Außengrenzen.

>> [www.auswaertiges-amt.de](http://www.auswaertiges-amt.de)

Ehemaliger Grenzkontrollpunkt.



Nach der Preisverleihung.

## Kreativ für Toleranz

Der diesjährige Victor-Klemperer-Preis geht an 14 junge Soldatinnen und Soldaten der Unteroffiziersschule der Bundesluftwaffe in Appen und an eine Arbeitsgruppe junger Schülerinnen und Schüler des Lycée Freppel aus Obernai im Elsass. Unter dem Motto „Kreativ für Toleranz“ hatten sich mehr als 12.000 Jugendliche und junge Erwachsene aus dem In- und Ausland an dem gemeinsam vom „Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt“, der Dresdner Bank und dem ZDF durchgeführten Wettbewerb beteiligt.

Die 14 jungen Soldatinnen und Soldaten der Unteroffiziersschule der Luftwaffe in Appen (Schleswig-Holstein) setzten sich in einer inhaltlich und gestalterisch anspruchsvollen Dokumentation mit der Frage der Toleranz gegenüber unterschiedlichen Weltanschauungen und Lebensformen in der Bundeswehr auseinander.

Die zehnte Klasse des Lycée Freppel erinnerte mit ihrer Arbeit an die „Weiße Rose“, die Münchner Widerstandsgruppe gegen das NS-Regime. Die Schülerinnen und Schüler schufen eine virtuelle Präsentation und organisierten eine Ausstellung im Rahmen einer Konferenz mit Zeitzeugen des französischen und deutschen Widerstands im Rathaus ihrer Stadt.

Den dritten Preis erhielten Schülerinnen und Schüler der 7. und 8. Klasse der Volksschule Zeitlarn (Bayern). Sie dokumentierten in einem auch öffentlich aufgeführten Videofilm die beengten Verhältnisse und persönlichen Probleme von Asylbewerbern und widerlegten so Vorurteile der einheimischen Bevölkerung, die „Ausländer“ führten in einem alten Schloss ein „Luxusleben“.

Der Victor-Klemperer-Jugendwettbewerb wurde in diesem Jahr zum fünften Mal ausgelobt und ist mit insgesamt mehr als 72.000 Teilnehmern der größte seiner Art. Jugendliche, Klassen oder Gruppen, die sich für den Wettbewerb 2005/2006 interessieren, können sich bereits jetzt übers Internet informieren und anmelden.

>> [www.victor-klemperer-wettbewerb.de](http://www.victor-klemperer-wettbewerb.de)



Im Bundestagsplenium.

Dass innerhalb dieses Rahmens alle Fristen gewahrt und alle gesetzlichen Bestimmungen beachtet werden, darüber wachen in den Wahlkreisen, Bundesländern und im Bund die Wahlleiter und die Wahlausschüsse. Für den Bund hat der Bundesinnenminister traditionsgemäß den Präsidenten des Statistischen Bundesamtes mit dieser Aufgabe betraut.

Für die Wahlleiter und vor allem für die Gemeinden stellt eine vorgezogene Bundestagswahl eine besondere Herausforderung dar: Während sie sonst schon ein Jahr vor dem voraussichtlichen Wahltermin mit den Vorbereitungen beginnen, mussten sie dieses Mal aus dem Stand heraus ihre Mitarbeiter mobilisieren. Es mussten etwa 80.000 Wahllokale und 10.000 Briefwahlbezirke eingerichtet und dafür etwa 600.000 bis 650.000 Helfer gewonnen werden.

Für deren Berufung waren die Gemeindebehörden ebenso zuständig wie für die Aufstellung der Wählerverzeichnisse, die Prüfung der Wahlberechtigung und die Benachrichtigung der Wahlberechtigten, die Entgegennahme von Anträgen für Wahlscheine und den Versand von Briefwahlunterlagen. Es galt ferner, Wählbarkeitsbescheinigungen auszustellen und die Wahlberechtigung der Unterzeichner von Unterstützungsunterschriften zu bescheinigen.

Angesichts solch einer Arbeitsbelastung sind bei der Vorbereitung von Bundestagswahlen immer Überstunden, Sonderschichten und in manchen Fällen auch Urlaubssperren notwendig. Doch bei einer vorgezogenen Neuwahl sind noch mehr Mitarbeiter von solchen Maßnahmen betroffen. Die Arbeit muss schließlich in einem viel kürzeren Zeitraum geleistet werden als bei einer planmäßigen Wahl.

Die sonst gesetzlich vorgesehenen Fristen sind aufgrund der 60-Tage-Spanne bis zur Wahl nicht anzuwenden. Deshalb unterzeichnete nach Bekanntgabe der Neuwahlentscheidung durch den Bundespräsidenten Bundesinnenminister Otto Schily eine Verordnung,

# Der Weg zur Bundestagswahl '05

## Enger Zeitplan nach der Auflösung des Bundestages

Zum dritten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik hat ein Bundespräsident auf Vorschlag des Bundeskanzlers nach dessen gescheiterter Vertrauensfrage den Bundestag vorzeitig aufgelöst und eine Neuwahl angesetzt. Mit der Bekanntgabe dieser Entscheidung am 21. Juli, die am 25. August durch das Bundesverfassungsgericht bestätigt wurde, hat Horst Köhler einen engen Zeit- und Terminplan in Gang gesetzt. Denn nach dem Grundgesetz muss das neue Parlament spätestens 60 Tage nach der Auflösung des alten Bundestages gewählt sein.



die die sonst üblichen Fristen verkürzt. Danach müssen zum Beispiel Parteien, die im Deutschen Bundestag oder in einem Landtag seit deren letzter Wahl nicht aufgrund eigener Wahlvorschläge ununterbrochen mit mindestens fünf Abgeordneten vertreten waren, ihre Teilnahme an der Wahl nicht bis zum 90. Tag, sondern bis zum 47. Tag vor der Wahl anmelden.

Das hieß: Bis zum 2. August mussten diese Parteien beim Bundeswahlleiter anzeigen, dass sie an der Wahl zum 16. Bundestag teilnehmen wollten. Bis zum 12. August musste der Bundeswahlausschuss in einer öffentlichen Sitzung, zu der auch die Vereinigungen, die ihre Beteiligung an der Wahl angezeigt haben eingeladen waren, zweierlei feststellen:

Erstens, welche Parteien im Bundestag oder in einem Landtag seit der letzten Wahl aufgrund eigener Wahlvorschläge ununterbrochen mit mindestens fünf Abgeordneten vertreten waren. Diese Feststellung ist in der Regel einfach. Hierzu gehören bei der bevorstehenden Wahl die im Bundestag mit mehr als fünf Abgeordneten vertretenen Parteien SPD, CDU, CSU, GRÜNE und FDP sowie drei Parteien, die in Landtagen mit mindestens fünf Mandaten vertreten sind: „Die Linke“ – bis zur Namensänderung durch Parteitagsbeschluss vom 17.07.2005 PDS – (in Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen), die NPD (in Sachsen) und die DVU (in Brandenburg).

Zweitens ging es um die schwierige Entscheidung über die Zulassung zahlreicher weiterer Parteien und Vereinigungen zur Wahl. Bei der vorherigen Bundestagswahl im Jahre 2002 waren weitere 23 Vereinigungen als Parteien anerkannt worden, die an der Wahl teilnehmen durften, falls sie für ihre Wahlvorschläge noch die nötigen Unterstützungsunterschriften sammelten. Zu ihnen gehörten beispielsweise die SPASSPARTEI und die „Alternative spirituelle Politik im neuen Zeitalter“. Auf Inhalt und Ziele der Gruppierungen kommt es dabei grundsätzlich

nicht an, wie der Bundeswahlleiter betont. 24 Parteien haben das letzte Mal die Anforderungen nicht erfüllt und konnten daher für die Bundestagswahl als Partei nicht anerkannt werden. Die nächste Hürde für diese anerkannten Parteien ist die Sammlung von genügend Unterschriften von Unterstützern. Für jeden Kreiswahlvorschlag sind die Unterschriften von mindestens 200 Wahlberechtigten des jeweiligen Wahlkreises und für einen Landeslistenvorschlag die Unterschriften von mindestens einem von tausend der Wahlberechtigten des Landes bei der letzten Bundestagswahl erforderlich, jedoch von höchstens 2.000 Wahlberechtigten. Das heißt: 2005 müssen in Bremen 484 und im Saarland 821 Wahlberechtigte unterschreiben, in den bevölkerungsstärkeren Bundesländern aber jeweils 2.000.

Die Parteien konnten unterdessen in geheimer Abstimmung bereits ihre Bewerber aufstellen, sei es in den Wahlkreisen oder auf den Landeslisten. Die Nominierung erfolgte in Versammlungen der Mitglieder oder Versammlungen von Vertretern, die von den Mitgliedern für diese Aufgabe gewählt wurden.

Einfacher ist das Verfahren bei der Nominierung von parteiunabhängigen Wahlbewerbern, also von Kandidaten, die von einzelnen Wahlberechtigten

Wahlbrief.



oder von Wählergruppen vorgeschlagen werden. Hier sind keine Versammlungen oder geheime Abstimmungen vorgeschrieben. Es genügen die Benennung eines Kandidaten und die Beibringung von 200 gültigen Unterstützungsunterschriften von Wahlberechtigten des Wahlkreises, in dem der Betreffende kandidieren will.

Dies alles – Unterschriftensammlung und Kandidatenaufstellung – musste spätestens bis zum 15. August, 18 Uhr, erfolgt sein. Denn dann lief eine ganz wichtige Frist ab: Bis zu diesem Zeitpunkt mussten alle Parteien und Vereinigungen ihre Kreiswahlvorschläge – gegebenenfalls mit den notwendigen Unterschriften – bei dem Kreiswahlleiter und ihre Landeslisten bei dem Landeswahlleiter eingereicht haben.

Am 19. August lief die Frist für die Entscheidung der Wahlausschüsse über die Zulassung der Kreiswahlvorschläge bzw. der Landeslisten ab. Ab diesem Tag konnten frühestens auch die Wahlscheine (für eine Stimmabgabe in einem anderen Wahllokal oder für die Briefwahl) erteilt werden. Beschwerden gegen die Zurückweisung oder Zulassung von Wahlvorschlägen oder Landeslisten konnten spätestens bis zum 22. August eingelegt werden. Darüber hatten die Kreiswahlausschüsse innerhalb von nur drei Tagen, bis zum 25. August, zu entscheiden.

## Der Stimmzettel.

Nun erst konnten in den Wahlkreisen auch die Stimmzettel gedruckt werden. Das klappte in manchen Druckereien nur mit Sonderschichten und Urlaubssperren, da sie in der Ferienzeit oft nicht voll besetzt sind.

Genau drei Wochen vor der Wahl, bis zum 28. August, mussten die Gemeinden die Wahlberechtigten über ihre Eintragung in das Wählerverzeichnis unterrichtet haben. Bis zu diesem Zeitpunkt mussten auch die Anträge der im Ausland lebenden Wahlberechtigten bei der Gemeinde eingegangen sein. Einen Tag später, am 29. August, mussten Kreis- und Landeswahlleiter die zugelassenen Kreiswahlvorschläge und Landeslisten öffentlich bekannt machen.

Vom 29. August bis zum 2. September bestand die Möglichkeit der Einsichtnahme in die Wählerverzeichnisse und von Einsprüchen wegen Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit des Wählerverzeichnisses.

Bis zum zweiten Tag vor der Wahl, also bis Freitag, 16. September, 18.00 Uhr, können noch Wahlscheine mit den Briefwahlunterlagen bei der Gemeindebehörde beantragt werden. Dies muss schriftlich oder mündlich (nicht telefonisch) geschehen. Die Schriftform gilt dabei auch durch Telegramm, Fernschreiben, Telefax und neuerdings

auch durch E-Mail als gewahrt. Die Versendung einer SMS genügt wegen fehlender Dokumentierbarkeit nicht. Viele Gemeinden haben in ihren Internetportalen virtuelle Formulare für den Wahlscheinantrag zur Verfügung gestellt.

Am Wahltag kann die Stimme in der Regel in der Zeit zwischen 8.00 Uhr und 18.00 Uhr abgegeben werden. Sehgeschädigte können vorher bei Blindenvereinen Stimmzettelschablonen anfordern, mit deren Hilfe sie selbstständig und ohne eine Vertrauensperson ihren Stimmzettel ausfüllen können. Bis 15.00 Uhr kann man aber noch in Ausnahmefällen einen Wahlschein beantragen oder Briefwahlunterlagen anfordern, beispielsweise beim Nachweis einer plötzlichen Erkrankung. Die Wahlbriefe müssen aber spätestens um 18.00 Uhr bei der zuständigen Stelle oder deren Zustellpostamt eingegangen sein. Zu diesem Zeitpunkt beginnt die Auszählung der Stimmen, damit möglichst bald ein vorläufiges Endergebnis bekannt gegeben werden kann.

Damit ist die Arbeit der zahlreichen Helfer aber noch nicht getan. In öffentlichen Sitzungen stellen die Kreiswahlausschüsse die endgültigen Ergebnisse und die Namen der in den 299 Wahlkreisen Gewählten fest, die Landeswahlausschüsse die Zweitstim-

Anlage 26 Stimmzettelmuster  
(zu § 28 Abs. 3 und § 45 Abs. 1 BWO) Mindestens DIN A 4

**Stimmzettel**  
für die Wahl zum Deutschen Bundestag im Wahlkreis 63 Bonn am .....

**Sie haben 2 Stimmen**

**hier 1 Stimme** für die Wahl eines/einer Wahlkreisabgeordneten

**hier 1 Stimme** für die Wahl einer Landesliste (Partei) = maßgebende Stimme für die Verteilung der Sitze insgesamt auf die einzelnen Parteien

Erststimme		Zweitstimme	
1 Kolber, Ulrich Bürgermeister CDU	<input type="radio"/>	SPD Sozialdemokratische Partei Deutschlands Vize-Vorsitzende Landesparlament	<input type="radio"/>
2 Hauser, Norbert Landesrat CDU	<input type="radio"/>	CDU Christlich Demokratische Union Deutschlands Landesparlament	<input type="radio"/>
3 Dr. Westerwelle, Guido Landesrat FDP	<input type="radio"/>	FDP Freie Demokratische Partei Landesparlament	<input type="radio"/>
4 Manemann, Colette Landesrätin GRÜNE	<input type="radio"/>	GRÜNE BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Landesparlament	<input type="radio"/>
		Die Linke. Die Linken Landesparlament	<input type="radio"/>
		Deutschland Abgeordneter Landesparlament	<input type="radio"/>
		APPD Partei Deutschlands Landesparlament	<input type="radio"/>
		BüSo Bürgerrechtsbewegung Solidarität Landesparlament	<input type="radio"/>
8 Müchler, Frank Landesrat BüSo	<input type="radio"/>		

menenergebnisse und der Bundeswahlausschuss die Gesamtergebnisse der Landeslistenwahl und die gewählten Landeslistenbewerber. Die Landeswahlleiter benachrichtigen die auf den Landeslisten gewählten Abgeordneten.

Anschließend haben die Kreiswahlleiter das endgültige Wahlergebnis im Wahlkreis und den Namen des gewählten Wahlkreisbewerbers öffentlich bekannt zu machen. Die Landeswahlleiter veröffentlichen für ihr Bundesland ebenfalls das endgültige Wahlergebnis. Dem Bundeswahlleiter ist vorbehalten, das endgültige Ergebnis im Wahlgebiet bekannt zu geben sowie das für die Sitzverteilung im neuen Bundestag wichtige Ergebnis, nämlich die Verteilung der Sitze auf die Parteien, gegliedert nach Ländern, sowie die im Wahlgebiet gewählten Bewerber.

Inzwischen haben die Vorbereitungen für die erste Sitzung des neuen Bundestages begonnen. Die mindestens 598 Abgeordneten (ohne mögliche Überhangmandate) erhalten vom Tagungsbüro des Bundestages ihre Unterlagen, unter anderem einen „Wegweiser für Abgeordnete“. Spätestens 30 Tage nach der Wahl muss der neue, der 16. Bundestag zusammentreten. Mit dessen Konstituierung ist der 15. Bundestag endgültig Vergangenheit.

Stimmabgabe.





## Der Countdown zur Wahl 2005

<b>bis zum 38. Tag (11. Aug.)</b>	Letzter Tag für die Anzeige der Beteiligung an der Wahl beim Bundeswahlleiter durch Parteien, die im DBT oder in einem Landtag seit deren letzter Wahl nicht ununterbrochen mit mindestens 5 Abgeordneten vertreten waren.
<b>37. Tag (12. Aug.)</b>	Letzter Tag für die verbindliche Feststellung durch den Bundeswahlausschuss und Verkündung durch den Bundeswahlleiter <ul style="list-style-type: none"> <li>■ welche Parteien im Deutschen Bundestag oder in einem Landtag seit deren letzter Wahl aufgrund eigener Wahlvorschläge ununterbrochen mit mindestens fünf Abgeordneten vertreten waren</li> <li>■ welche Vereinigungen, die ihre Beteiligung an der Wahl angezeigt haben, für die Wahl als Parteien anzuerkennen sind</li> </ul>
<b>35. Tag (14. Aug.)</b>	Stichtag für die Eintragung aller Personen in das Wählerverzeichnis, die am Wahltag wahlberechtigt sind
<b>34. Tag (15. Aug.)</b>	Letzter Tag – bis 18 Uhr – für die Einreichung der Kreiswahlvorschläge und der Landeslisten
<b>30. Tag (19. Aug.)</b>	<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Bis zur Zulassung am gleichen Tag <ul style="list-style-type: none"> <li>■ Ablauf der Frist für die Zurücknahme oder Änderung eines Wahlvorschlages</li> <li>■ Ablauf der Frist für die Beseitigung von Mängeln des Wahlvorschlages, die die Gültigkeit nicht berühren</li> </ul> </li> <li>2. Entscheidung der Kreiswahlausschüsse über die Zulassung der Kreiswahlvorschläge und der Landeswahlausschüsse über die Zulassung der Landeslisten</li> <li>3. Frühester Termin für die Erteilung von Wahlscheinen</li> </ol>
<b>27. Tag (22. Aug.)</b>	Letzter Tag für das Einlegen <ul style="list-style-type: none"> <li>■ einer Beschwerde an den Landeswahlausschuss gegen die Zurückweisung oder Zulassung eines Kreiswahlvorschlages</li> <li>■ einer Beschwerde an den Bundeswahlausschuss gegen die Zurückweisung oder Zulassung einer Landesliste</li> </ul>
<b>24. Tag (25. Aug.)</b>	Letzter Tag für die Entscheidung <ul style="list-style-type: none"> <li>■ des Landeswahlausschusses über Beschwerden gegen die Zurückweisung oder Zulassung eines Kreiswahlvorschlages</li> <li>■ des Bundeswahlausschusses über Beschwerden gegen die Zurückweisung oder Zulassung einer Landesliste</li> </ul>
<b>21. Tag (28. Aug.)</b>	<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Letzter Tag zur Benachrichtigung der Wahlberechtigten über deren Eintragung in das Wählerverzeichnis</li> <li>2. Letzter Tag zur Stellung eines Antrags auf Eintragung in das Wählerverzeichnis durch Wahlberechtigte</li> </ol>
<b>20. Tag (29. Aug.)</b>	<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Letzter Tag für die öffentliche Bekanntmachung der zugelassenen Kreiswahlvorschläge und der zugelassenen Landeslisten</li> <li>2. Letzter Tag – bis 18.00 Uhr – für die Abgabe der schriftlichen Erklärung über den Ausschluss von der Listenverbindung gegenüber dem Bundeswahlleiter</li> </ol>
<b>20.–16. Tag (29.08.–2.09.)</b>	Möglichkeit der Einsichtnahme in die Wählerverzeichnisse und Einspruchsmöglichkeit wegen Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit des Wählerverzeichnisses
<b>16. Tag (2. Sept.)</b>	<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Letzter Tag für die Entscheidung des Bundeswahlausschusses über die Erklärungen über den Ausschluss von der Listenverbindung</li> <li>2. Letzter Tag für die Möglichkeit der Einsichtnahme in die Wählerverzeichnisse und das Erheben von Einsprüchen gegen die Richtigkeit der Wählerverzeichnisse</li> </ol>
<b>15. Tag (3. Sept.)</b>	Letzter Tag für die Bekanntmachung über die Landeslisten, die von einer Listenverbindung ausgeschlossen sind
<b>6. Tag (12. Sept.)</b>	Spätester Termin für die Wahlbekanntmachung über Beginn und Ende der Wahlzeit, Wahlbezirke, Wahlräume, Stimmzettel und Wahlverfahren
<b>Wahltag (18. Sept.)</b>	<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Stimmabgabe in der Regel in der Zeit von 8.00 Uhr bis 18.00 Uhr</li> <li>2. Bis 15.00 Uhr Annahme von Wahlscheinanträgen in den Fällen des § 25 Abs. 2 BWO und bei nachgewiesener plötzlicher Erkrankung</li> <li>3. 15.00 Uhr letzter Termin für die Anforderung von Briefwahlunterlagen</li> <li>4. 18.00 Uhr spätester Zeitpunkt für den rechtzeitigen Eingang der Wahlbriefe</li> <li>5. Nach 18.00 Uhr Feststellung und Bekanntgabe des vorläufigen Wahlergebnisses</li> </ol>
<b>Nach dem Wahltag</b>	<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Feststellung des endgültigen Ergebnisses und des im Wahlkreis Gewählten durch den Kreiswahlausschuss in öffentlicher Sitzung</li> <li>2. Ermittlung und Feststellung des Zweitstimmenergebnisses im Land durch den Landeswahlausschuss</li> <li>3. Ermittlung und Feststellung des Gesamtergebnisses der Landeslistenwahl und der gewählten Landeslistenbewerber durch den Bundeswahlausschuss</li> <li>4. Benachrichtigung der auf den Landeslisten Gewählten durch die Landeswahlleiter</li> <li>5. Öffentliche Bekanntmachung <ul style="list-style-type: none"> <li>■ des endgültigen Wahlergebnisses im Wahlkreis und des Namens des gewählten Wahlkreisbewerbers durch den Kreiswahlleiter</li> <li>■ des endgültigen Wahlergebnisses im Land und der Namen der im Land gewählten Bewerber durch den Landeswahlleiter</li> <li>■ des endgültigen Wahlergebnisses im Wahlgebiet, der Verteilung der Sitze auf die Parteien, gegliedert nach Ländern, sowie der im Wahlgebiet gewählten Bewerber durch den Bundeswahlleiter</li> </ul> </li> </ol>



In Nürnberg wurde mit Fritz Feilner (Mitte mit Sohn Tom) bereits der 500.000 Besucher im Fußballglobus begrüßt, von WM 2006-Koordinator Jürgen Rollmann (2. v. l.), Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly (2. v. r.), dem Globus-Kulturbeauftragten Jochen Hieber (r.) und Norbert Eierding (Globus-Management, l.).

## Zwischen Confederations Cup und Auslosung

### Vorbereitungen zur WM 2006 auf Hochtouren

Der FIFA Confederations Cup hat einen eindrucksvollen Vorgeschmack auf die in neun Monaten beginnende FIFA Fußball-WM Deutschland 2006® geboten. 15 Tage stand das Gastgeberland der WM 2006 auf dem Prüfstand. Am Ende durften alle Beteiligten überwiegend zufrieden sein – sportlich (Brasilien als Sieger, Deutschland mit begeisterndem Fußball auf Platz 3) und organisatorisch.

Bereits zum Confederations Cup 2005 konnte die Bundesregierung alle ursprünglich für 2006 gegenüber dem Weltfußballverband FIFA abgegebenen Regierungsgarantien einlösen. Das unter Federführung des Bundesinnenministeriums (BMI) im Bund-Länder-Ausschuss entwickelte und von der Innenministerkonferenz im Mai verabschiedete Nationale Sicherheitskonzept hat sich bestens bewährt.

Positiv verlief auch der Testbetrieb des im BMI angesiedelten Nationalen Informations- und Kooperationszentrums (NICC). Bundesinnenminister Otto Schily: „Das war ein gelungener Probelauf für die Fußballweltmeisterschaft im kommenden Jahr. Die Stimmung war super. Großes Lob an die Fans: Es hat keine Gewalttätigkeiten gegeben. Das ist für mich das positivste Ergebnis der Veranstaltung. Natürlich ist diese Mini-WM nicht mit dem Titelkampf im kommenden Jahr vergleichbar, aber als Testlauf war sie absolut wertvoll.“

Das von Franz Beckenbauer geleitete Organisationskomitee konnte die Leistungsfähigkeit der Gesamtorganisation und der neuen Stadien erstmals unter WM-nahen Bedingungen ermitteln. Die gewonnenen Erkenntnisse fließen nun in die weiteren

WM-Planungen mit ein. Die Bundesregierung blickt mit ihren Partnern optimistisch auf den nächsten Höhepunkt, die WM-Endrundenauslosung am 9. Dezember 2005 in Leipzig.

Das Bundeskabinett verabschiedete am 10. August 2005 den vom Stab WM 2006 erarbeiteten 5. Fortschrittsbericht der Bundesregierung, der den aktuellen Stand der WM-Arbeiten aller Ressorts darstellt.

Der Bundesinnenminister betonte, dass alle Vorbereitungen voll im Plan liegen, die Bundesregierung die Voraussetzungen für fröhliche und sichere Spiele schaffe und die WM für den Wirtschaftsstandort Deutschland großartige Chancen biete: „Auf der Grundlage eines attraktiven Gastgeberkonzeptes wird die Bundesregierung in Kooperation mit Organisationskomitee, Wirtschaft, Verbänden und weiteren wichtigen gesellschaftspolitischen Gruppen Deutschland als guten Gastgeber und sympathisches, weltoffenes und tolerantes Land präsentieren.“

Zum Gastgeberkonzept gehören die Leistungen der Bundesregierung (zum Beispiel Umsetzung der Regierungsgarantien), Projekte der Ressorts (zum Beispiel die Kampagnen „Green Goal“ und „Kinder stark machen“), vielfältige Standortmarketing-Aktivitäten (zum Beispiel die gemeinsame Initiative von Bundesregierung und deutscher Wirtschaft „Deutschland – Land der Ideen“), eine Service- und Freundlichkeitskampagne für die Gäste der WM und ein attraktives Kunst- und Kulturprogramm mit dem FUSSBALL GLOBUS als unverwechselbarem Erkennungszeichen.

## Fast 100 Nationen bei den World Games

Die Bedeutung Deutschlands als Sportstandort ist durch die World Games wieder einmal unterstrichen worden, die vom 14. bis 24. Juli in Duisburg und drei Partnerstädten ausgetragen wurden. Das nach den Olympischen Spielen größte internationale Sportereignis wurde von der Bundesregierung mit rund zwei Millionen Euro gefördert.

Deutschland trug diese Weltspiele der nichtolympischen Sportarten zum zweiten Mal aus. Die Wettkämpfe fanden in den Ruhrgebietsstädten Duisburg, Bottrop, Mülheim an der Ruhr und Oberhausen statt. An ihnen nahmen einige Tausend Sportlerinnen und Sportler aus fast 100 Nationen teil. Von den knapp 40 Sportarten haben einige die Chance, in den olympischen Katalog aufgenommen zu werden.

Deutschland gehört zu den aktivsten und attraktivsten Sportstandorten der Welt. Das zeigt sich an der Vielzahl von sportlichen Großveranstaltungen, die 2005 neben den World Games ausgerichtet wurden und werden, von der Vier-schanzentournee der Skispringer mit ihren deutschen Wettkampfstationen in Oberstdorf und Garmisch-Partenkirchen, den Nordischen Skiweltmeisterschaften in Oberstdorf über den Fußball-Confederations-Cup, die Hockeyeuropameisterschaften und die Fechtweltmeisterschaften in Leipzig bis hin zur Auslosung der Endrunde zur Fußball-WM, die im kommenden Jahr in Deutschland stattfindet.

Überblick über Sportveranstaltungen 2005:

>> [www.bmi.bund.de](http://www.bmi.bund.de) (Themen/  
Sport/Daten und Fakten)



## Goldene Sportpyramide 2005

Die zweifache Olympiasiegerin Ingrid Mickler-Becker ist mit der „Goldenen Sportpyramide 2005“ der Deutschen Sporthilfe ausgezeichnet worden. Bundesinnenminister Otto Schily betonte in seiner Laudatio, die Jury habe eine würdige Preisträgerin mit einer außergewöhnlichen sportlichen, beruflichen und ehrenamtlichen Biografie ausgewählt.

Neben den beiden Leichtathletik-Olympiasiegen hat Ingrid Mickler-Becker in ihrer sportlichen Bilanz zwei Europameistertitel, je einen Welt- und einen Europarekord sowie 13 deutsche Rekorde vorzuweisen. Beruflich hat sie es zur Staatssekretärin in einer Landesregierung gebracht. Nach ihrer aktiven Karriere hat sich Ingrid Mickler-Becker insbesondere um den Nachwuchs und die Rolle der Frau im Sport verdient gemacht.

>> [www.sporthilfe.de](http://www.sporthilfe.de)



Die Bundespolizei beim Sport.

## Sportliche Bundespolizei

Bei der Bundespolizei, dem bisherigen Bundesgrenzschutz, ist eine zwölfmonatige Kampagne unter dem Motto „Sportlich und fit: die Bundespolizei“ angelaufen. Die Aktivitäten finden innerhalb wie außerhalb des Dienstes statt, richten sich an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und sollen zu lebenslangem Sporttreiben und einer gesundheitsbewussten Lebensführung animieren. Neben sportlichen Aktivitäten stehen daher auch Infoveranstaltungen, Gesundheitsberatung und Fachvorträge auf dem Programm. Bundesinnenminister Otto Schily betonte zum Auftakt, die Anforderungen an die Polizeibeamtinnen und -beamten seien in den vergangenen Jahren in allen Bereichen deutlich angestiegen. Mit schwierigen Situationen fertig zu werden, setze psychische wie physische Topform voraus. Die Beamtinnen und Beamten müssten extrem stressresistent sein. Die Kampagne sei an den dienstlichen Erfordernissen des Polizeidienstes ausgerichtet und ziele darauf ab, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über attraktive Angebote zum lebenslangen Sporttreiben zu motivieren. Schily: „Sich sportlich fit und gesund zu halten, soll für die Beschäftigten des Bundes keine reine Pflichtübung sein, sondern auch Spaß machen.“

## Verfassungsschutzbericht 2004

Die Zahl der politisch motivierten Straftaten ist im Jahr 2004 leicht gestiegen. Das Bundeskriminalamt registrierte insgesamt 21.178 solcher Delikte. Das sind 701 mehr als im Jahr davor. Mehr als die Hälfte waren so genannte Propagandadelikte. 1.800 Delikte (8,5 Prozent) sind der politisch motivierten Gewaltkriminalität zuzuordnen, 14.183 Straftaten (67 Prozent) wurden als extremistisch eingestuft.

Die Zahl der rechtsextremistischen Straftaten stieg um 11,7 Prozent auf 12.051, die der Gewalttaten um 2,2 Prozent auf 776 Delikte. Die Verfassungsschutzbehörden registrieren einen geringen Rückgang des rechtsextremistischen Personenpotenzials auf rund 40.700 (2003: 41.500). Gegenläufig war der Trend im Neonazismus. Dessen Potenzial ist auf rund 3.800 (2003: 3.000) Personen angewachsen. Die Zahl gewaltbereiter Rechtsextremisten hat sich mit 10.000 auf dem Vorjahresniveau stabilisiert.

Die Zahl der linksextremistischen Straftaten blieb mit 1.440 nahezu konstant, die Gewalttaten in diesem Bereich stiegen um 38 auf 521. Struktur und Erscheinungsbild des organisierten Linksextremismus haben sich gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig verändert; das Gesamtpotenzial weist insgesamt einen leichten Rückgang auf. Nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften waren Ende 2004 etwa 30.800 (2003: 31.300) Personen Organisationen und sonstigen Personenzusammenschlüssen zuzurechnen, bei denen zumindest Anhaltspunkte für linksextremistische Bestrebungen feststellbar sind. Das Spektrum der gewaltbereiten Linksextremisten in überwiegend anarchistisch orientierten Gruppierungen umfasste rund 5.500 (2003: 5.400) Personen, darunter wie im Vorjahr bis zu 5.000, die sich selbst meist als Autonome bezeichnen.

Ausländer begingen 461 politisch motivierte extremistische Straftaten, darunter 61 Gewalttaten. Auch 2004 gefährdeten extremistische und terroristische Ausländergruppierungen die innere Sicherheit Deutschlands. Die größte Gefahr ging wie im Vorjahr von islamistischen Terrorgruppierungen aus, die sich dem weltweiten „Jihad“ verpflichtet fühlen.

Das Mitgliederpotenzial aller 71 (2003: 70) extremistischen Ausländerorganisationen stieg leicht auf rund 57.520 (2003: 57.300) Personen an. Den 24 (2003: 24) islamistischen Organisationen haben sich rund 31.800 (2003: 30.950) angeschlossen, das ist etwa ein Prozent der über drei Millionen in Deutschland lebenden Muslime.

>> [www.verfassungsschutz.de](http://www.verfassungsschutz.de)

## Europol wird Zentrale gegen Geldfälscher

Das Europäische Polizeiamt Europol wird die zentrale Stelle zur Bekämpfung der Eurofälschung innerhalb der Eurozone und einziger Ansprechpartner für Drittstaaten. Der auf deutsche Initiative gefasste Beschluss der EU ist ein wichtiger Schritt, die Eurofälschung innerhalb und außerhalb des gemeinsamen Währungsraums zu bekämpfen und dadurch die Stabilität des Euros zu schützen.

Künftig werden alle Informationen zu Eurofälschungen aus Drittstaaten bei Europol in Den Haag eingehen und dort mit den Informationen aus den EU-Mitgliedstaaten zusammengeführt. Das Polizeiamt leitet die Informationen an die nationalen Stellen der EU-Mitgliedstaaten weiter und übersendet die Analyseergebnisse an Mitglied- und Drittstaaten. Durch die Bündelung aller relevanten Informationen wird Europol in die Lage versetzt, noch bessere Analysearbeit und damit einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung der Fälschkriminalität zu leisten.

Der Euro, der inzwischen eine Weltwährung darstellt, gerät zunehmend ins Visier international organisierter Tätergruppen. Im Jahre 2004 registrierte die Europäische Zentralbank 887.085 Fälle von Euro-Falschgeld, 38 Prozent mehr als 2003. Vor Einführung des Euros sammelten und analysierten die nationalen Zentralstellen der einzelnen EU-Mitgliedstaaten Informationen über Fälschungen der jeweiligen nationalen Währungen. Wenn zum Beispiel im Ausland gefälschte DM-Noten auftauchten, war das Bundeskriminalamt als deutsche Zentralstelle zuständig. Seit Einführung der Gemeinschaftswährung gehen Informationen über Fälschungen nicht bei einer zentralen Stelle, sondern bei einer der verschiedenen nationalen Zentralstellen ein. Für Drittstaaten, in denen gefälschte Euros auftauchten, gab es bisher keinen zentralen Ansprechpartner.

>> [www.europol.eu.int](http://www.europol.eu.int)  
(Informationen über Europol in Englisch)

Sicherheitsmerkmale von Eurobanknoten.



# Feindbilder und Radikalisierungsprozesse

Die terroristischen Anschläge vom 11. September 2001 haben die Bedeutung gezeigt, die Feindbilder für extremistische Ideologien besitzen. Ein Amerikaverständnis, das die Vereinigten Staaten von Amerika als die Verkörperung des Bösen diffamiert, ist für den islamistischen Terrorismus bis heute prägend. Die Anschläge in London vom 7. Juli 2005 sind als „Rache an der zionistischen britischen Regierung der Kreuzfahrer“ dargestellt worden.

Dazu hat das Bundesinnenministerium eine Broschüre mit Vorträgen zusammengestellt, die Funktionen und Strukturen von Feindbildern beleuchten (Prof. Dr. Eckhard Jesse) ebenso wie exemplarische Inhalte, nämlich „Antiamerikanismus, Antiweltlerium und Antizionismus“ (Prof. Dr. Armin Pfahl-Traugher), Antizionismus im Islamismus und Rechtsextremismus (Dr. Tânia Puschnerat) und der „Westen“ in Islamismus und Linksextremismus (Prof. Dr. Thomas Meyer).

Feindbilder sind ein wirkungsvolles Element in Radikalisierungsprozessen. Solche individuellen Entwicklungen vollziehen sich in Milieus, die auf spezifische Weise sozial und organisatorisch strukturiert und ideologisch vorgeprägt sind. Ein besonderes Gefährdungspotenzial geht von der extremistischen Bildungsarbeit in solchen Milieus aus (Dr. Rita Breuer).



Bei den Beiträgen handelt es sich um Vorträge, die bei den jährlichen Symposien des Bundesamtes für Verfassungsschutz im Oktober 2003 (Feindbilder) bzw. 2004 (Radikalisierungsprozesse) gehalten worden sind. Die Symposien dienen einem Dialog zwischen Wissenschaft und Sicherheitsbehörden, der mit der Broschüre einem breiteren Publikum vorgelegt wird. Die Auswahl der Vorträge erfolgte dabei mit einem Schwerpunkt auf Beiträgen, die den Islamismus zum Gegenstand haben.

Bestellung und Download:  
 >> [www.bmi.bund.de](http://www.bmi.bund.de) (Publikationen)



Drogenfund in Afghanistan.

## Hilfe beim Kampf gegen Drogen

Deutsche Polizisten halten in drei afghanischen Städten für ihre dortigen Kollegen Lehrgänge über die Bekämpfung der Drogenkriminalität ab. An den Kursen in Kabul, Herat und Kunduz nehmen mehr als 600 Angehörige der afghanischen Grenzpolizei, der Fernstraßenpolizei und des Zolls teil. In Intensivkursen werden auch afghanische Multiplikatoren ausgebildet, die künftig eigene Lehrgänge für die Sicherheitsbehörden des Landes durchführen können. Durch die professionelle Schulung der Sicherheitsbehörden soll Afghanistan in die Lage versetzt werden, selbst effektiv gegen den Rauschgifthandel vorzugehen. Die Kurse werden vom Bundeskriminalamt organisiert und abgehalten. Ferner beteiligen sich Beamte des Landeskriminalamtes Hamburg sowie des Zollkriminalamtes als Ausbilder.

Bereits seit dem Jahr 2002 organisiert und koordiniert Deutschland den Polizeiaufbau in Afghanistan als „lead nation“. Sie trägt damit maßgeblich zum Neuaufbau des Landes und zur Stabilisierung der inneren Sicherheit nach mehr als 20 Jahren Krieg und Bürgerkrieg bei. Seit April 2002 berät und unterstützt ein in Kabul eingerichtetes Projektbüro der deutschen Polizei die afghanische Regierung und die Sicherheitsbehörden beim Aufbau einer Polizei, die rechtsstaatlichen Grundsätzen verpflichtet ist. Dabei leistet Deutschland auch Ausbildungs- und Ausstattungshilfe.

## BKA-Institut wird neu gebaut

Das Kriminaltechnische Institut des Bundeskriminalamtes (BKA) erhält einen Neubau, für den am 16. Juni 2005 in Wiesbaden der Grundstein gelegt wurde. Dieses Institut wertet pro Jahr rund 10.000 Sachbeweise für die Polizei in Bund und Ländern, die Staatsanwaltschaften und Gerichte aus. Urkunden, Gesprächsmitschnitte, Formspuren und viele andere Spurentypen wie zum Beispiel Schmauchspuren werden nach dem neuesten Stand der Technik und Wissenschaft begutachtet. Dabei werden aktuelle Forschungsergebnisse genauso berücksichtigt wie die Fortschritte in der instrumentellen Analytik und in der Informationstechnik. Mit dem neuen Gebäude wird nun die Voraussetzung dafür geschaffen, die national und international anerkannte Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der Kriminaltechnik im BKA weiter auszubauen.

## Erfolgreiche Aufklärung

Im Jahr 2004 betrug die Gesamtzahl der polizeilich erfassten Straftaten 6.633.156. Gegenüber 1993 ist diese Anzahl um rund 120.000 gesunken, obwohl die Einwohnerzahl in Deutschland seither um etwa eine Million gestiegen ist.

Bei etwa konstanter Gesamtkriminalität ist die Aufklärungsquote im vergangenen Jahr auf 54,2 Prozent gestiegen und hat damit den höchsten Wert seit Erstellung der Polizeilichen Kriminalstatistik überhaupt erreicht. Die Aufklärungsquote lag 1993 mit 43,8 Prozent mehr als zehn Prozentpunkte unter dem heutigen Wert.

Wie aus der Polizeilichen Kriminalstatistik für 2004 weiter hervorgeht, ist die Anzahl der Delikte Mord und Totschlag gegenüber 2003 um 2,4 Prozent zurückgegangen. Zugleich ist die Aufklärungsquote bei Mord- und Tötungsdelikten von 95,6 Prozent auf 96,1 Prozent gestiegen. Auch die Straßenkriminalität hat um 2,1 Prozent abgenommen. Die Zahl der Drogentoten ist erneut deutlich, und zwar um 6,6 Prozent, zurückgegangen. Sie hat mittlerweile den niedrigsten Stand seit 1989 erreicht.

>> [www.bka.de](http://www.bka.de)



## EU-Preis für Brandschutzforschung

Die Europäische Kommission hat der Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes (vfdb) für ihre Forschungsarbeiten auf dem Gebiet des Brandschutzes den „Excellent Award“ verliehen, einen Preis, der mit bis zu 10.000 Euro dotiert ist. Die vfdb versteht sich als Förderer eines umfassenden nicht polizeilichen Gefahrenschutzes. Angesichts von Terroranschlägen und Naturkatastrophen betrachtet die Bundesregierung die Förderung des Brand- und Katastrophenschutzes in Deutschland als ein besonders wichtiges Anliegen. Dies gilt umso mehr, als das Engagement der vfdb ein äußerst positives Beispiel für gemeinnütziges und ehrenamtliches Wirken ist.

Die vfdb bietet nach eigener Darstellung Personen, Institutionen und Institutionen, Ministerien, Ämtern und Behörden, Versicherungen, Industrien und Verbänden eine Diskussions- und Arbeitsplattform. Sie hat sich zum Ziel gesetzt, beim Umgang mit Gefahren des täglichen Lebens und der Industriegesellschaft mehr Sicherheit zu geben. Insbesondere sollen das Leben und die Gesundheit des Menschen, der Umweltschutz, der Sach- und Güterschutz als hochrangige Schutzziele auf bundesdeutscher, auf europäischer und außereuropäischer Ebene verfolgt werden.

>> [www.vfdb.de](http://www.vfdb.de)

## Kampf gegen Geldwäsche

In den vergangenen drei Jahren ist im Kampf gegen die Geldwäsche viel erreicht worden. Wie aus dem dritten Jahresbericht der Financial Intelligence Unit (FIU) – der Zentralstelle für Geldwäscheverdachtsanzeigen beim Bundeskriminalamt – hervorgeht, wurden sichere Informationswege geschaffen, verlässliche Ansprechpartner gefunden und zentrale Kommunikationsplattformen eingerichtet. Die Anzeigen werden zentral erfasst und ausgewertet. Der Informationsaustausch hat deutlich zugenommen und die Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben wurde erheblich erleichtert. So wurden zahlreiche Ermittlungsverfahren im In- und Ausland eingeleitet und zusammengeführt und Vermögenswerte laufender Ermittlungen zugeordnet.

Im Jahr 2004 ist die Zahl der Anzeigen mit 8.062 im Vergleich zum Vorjahr (6.602 Anzeigen) deutlich gestiegen. Berücksichtigt man bei den Jahren 2001 und 2002 die Sonderfaktoren „Euro-Bargeldeinführung“ und „Anschläge des 11. September 2001“, die zu einer erhöhten Zahl von Anzeigen geführt hatten, so ist das Meldeaufkommen seit 1998 steigend. Der überwiegende Anteil der Anzeigen führte zu weiteren Ermittlungen. Lediglich 13 Prozent der Vorgänge wurden ohne Restverdacht abgeschlossen.

Jahresbericht 2004 der FIU Deutschland unter  
>> [www.bka.de](http://www.bka.de)



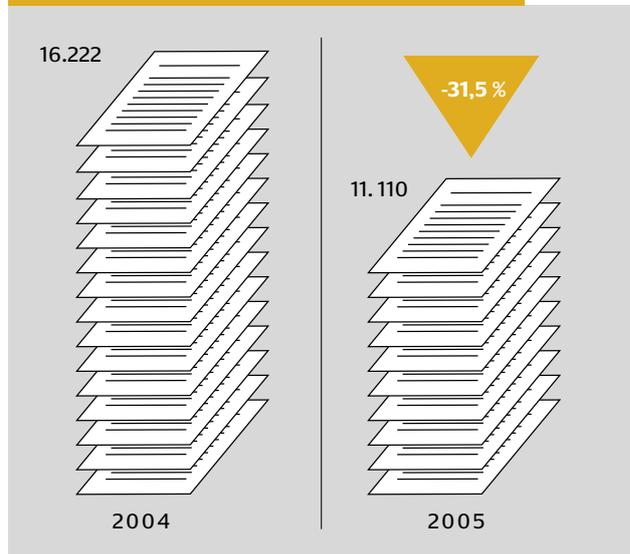
## Wieder weniger Spätaussiedler

Im ersten Halbjahr 2005 sind 21.790 Spätaussiedler einschließlich ihrer einreiseberechtigten Familienangehörigen nach Deutschland zugezogen. Das sind 20 Prozent weniger als im Vergleichszeitraum des Vorjahres (27.104). Im Monat Juni 2005 wurden 4.607 Personen registriert, dies sind 1.390 Personen oder 23 Prozent weniger als im selben Monat des Vorjahres.

Auch bei den Aufnahmeanträgen bestätigte sich der rückläufige Trend: Mit 11.110 wurden 31,5 Prozent weniger Anträge als im ersten Halbjahr 2004 gestellt (siehe Schaubild). Bis zum 30. Juni 2005 wurden 120 Familienangehörige von Spätaussiedlern zu einem seit Jahresbeginn auf Grund des Zuwanderungsgesetzes notwendigen Sprachtest eingeladen. Von ihnen leisteten nur 83 Personen der Einladung Folge. Lediglich 22 Personen haben den Test bestanden.

Der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten rät deshalb: „Alle Familienangehörigen eines Spätaussiedlers sollten unbedingt im Herkunftsgebiet einen Sprachkurs absolvieren, um unnötige Verzögerungen im Aufnahmeverfahren oder sogar Familientrennungen zu vermeiden.“

### Aufnahmeanträge 1. Halbjahr



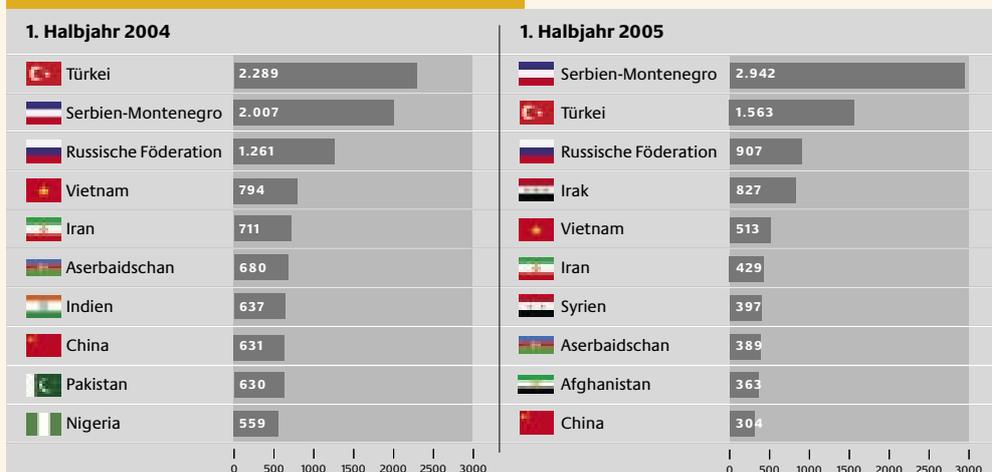
## Erneut deutlich weniger Asylbewerber

Die Zahl der Asylanträge in Deutschland ist im ersten Halbjahr 2005 im Vergleich zum entsprechenden Zeitraum des Vorjahres um 22,8 Prozent zurückgegangen. Während vor einem Jahr noch 18.682 Personen in Deutschland Asyl begeherten, wurden jetzt noch 14.428 Erstanträge gezählt, 4.254 weniger als vor Jahresfrist. Auch gegenüber dem zweiten Halbjahr 2004 ist die Zahl gesunken, und zwar um 14,8 Prozent.

Die meisten Asylbewerber kamen im ersten Halbjahr aus Serbien-Montenegro. Zweitstärkstes Herkunftsland bleibt die Türkei, doch ist die Zahl der Antragsteller aus diesem Staat im ersten Halbjahr 2005 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 726 Erstanträge gesunken. An nächster Stelle in der Statistik folgen die Russische Föderation und der Irak (siehe Schaubild).

>> [www.bamf.de](http://www.bamf.de)

### Hauptherkunftsländer in Tausend Personen



## Wunsch nach Kindern wird schwächer

Die Zahl junger Menschen, die keine Kinder wollen, ist in Deutschland deutlich gestiegen. Das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung in Wiesbaden, das im Auftrag des Bundesinnenministeriums die Ursachen und Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung erforscht, stellte in seiner neuesten Untersuchung fest, dass der Wunsch nach Kindern immer schwächer wird. Während früher eine Familie durchschnittlich zwei Kinder wünschte, ist dieser Durchschnittswert jetzt auf 1,7 gefallen.

Nach den Ergebnissen der Studie liegt der Durchschnittswert für die Zahl der gewünschten Kinder bei den Frauen zwischen 20 und 39 Jahren – das ist die international übliche Vergleichsgruppe für den Kinderwunsch – mit 1,74 nur noch wenig über der tatsächlichen Kinderzahl bei den Frauen (Durchschnittswert: 1,4). Bei den Männern liegt dieser Durchschnittswert mit 1,57 sogar noch tiefer. Die Bevölkerung würde somit auch dann deutlich schrumpfen, wenn alle Frauen und Männer ihren Kinderwunsch vollständig verwirklichen könnten.

Auffällig ist auch die wachsende Zahl junger Menschen, die überhaupt keine Kinder mehr wollen: Während sich nach einer Befragung im Jahre 1992 nur 9,9 Prozent der Frauen und 11,8 Prozent der Männer keine Kinder wünschten, sind es inzwischen bei den Frauen 14,6 Prozent und bei den Männern sogar 26,3 Prozent.

Der zurückgehende Kinderwunsch steht im deutlichen Widerspruch zu der Bedeutung, die Eltern und Großeltern den nachwachsenden Generationen zumessen. Ältere Menschen wollen bei Hilfebedürftigkeit so lange wie möglich zu Hause bleiben und von Pflegediensten oder von den Kindern betreut werden: So sagen 84,4 Prozent der Befragten, dass die Gesellschaft durch angemessene Institutionen und Dienste für die Pflege sorgen soll. 73,5 Prozent sind der Auffassung, dass sich die Kinder um die Älteren kümmern sollen.

- >> **Weitere Einzelheiten beim Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung beim Statistischen Bundesamt, Postfach 5528, Friedrich-Ebert-Allee 4, 65180 Wiesbaden**
- >> [www.bib-demographie.de/info/ppas\\_broschuere.pdf](http://www.bib-demographie.de/info/ppas_broschuere.pdf)



Italienische Pilger in Köln.

## Bund unterstützte Weltjugendtag

Deutschland im Zeichen von Dialog, Frieden und Völkerverständigung – das prägte den August, als nicht nur Papst Benedikt XVI. auf seiner ersten Auslandsreise sein Heimatland besuchte. Vom 16. bis 21. August 2005 war Deutschland auch Gastgeber für über 800.000 junge Menschen aus aller Welt.

Aus über 190 Staaten kamen sie zum XX. Weltjugendtag 2005 (WJT) in Köln zusammen. Es war nach dem 30. Deutschen Evangelischen Kirchentag vom 25. bis 29. Mai 2005 in Hannover die zweite diesjährige kirchliche Großveranstaltung in Deutschland. Der internationale WJT fand zum ersten Mal in seiner 20-jährigen Geschichte in Deutschland statt, der letzte wurde 2002 im kanadischen Toronto gefeiert, der nächste soll 2008 im australischen Sydney stattfinden.

Für diese in Deutschland einmalige internationale Großveranstaltung hatte Bundesinnenminister Otto Schily den Veranstaltern im Vorfeld umfangreiche Unterstützung zugesagt: „Wir wollen gute Gastgeber für die Jugendlichen aus aller Welt sein.“ Neben einem Zuschuss haben verschiedene Ministerien und Bundesbehörden die Veranstalter tatkräftig unterstützt, koordiniert vom Bundesinnenministerium. Schily hatte bereits im Vorfeld der Kölner Begegnung betont: „Der von den jungen Menschen gelebte Glaube ist ein unverzichtbares Element für das solidarische Leben in unserer Gesellschaft.“ Und das vielfältige Angebot des WJT ging weit über Bibelarbeiten, Gottesdienste und die Domwallfahrt hinaus: Als internationales Jugendtreffen stand er ganz im Zeichen der Völkerverständigung. Dass bei den Begegnungen mit Musik, Kultur und Diskussionen die gemeinsame Freude nicht zu kurz kam, spricht für Gäste wie Gastgeber und trägt zur Vorfreude auf die Fußball-WM 2006 bei.

- >> [www.weltjugendtag.de](http://www.weltjugendtag.de)



## Ein Austausch gibt auch Einblick

Innenministerium ist gleich Innenministerium? Weit gefehlt! Wie das französische Innenministerium, das Ministère de l'Intérieur, de la Sécurité Intérieure et des Libertés Locales (M.I.S.I.L.L.), funktioniert, welche Aufgaben es hat, wo Unterschiede zum deutschen Pendant und wo Gemeinsamkeiten bestehen – all das konnten zwei Mitarbeiterinnen des Bundesministeriums des Innern (BMI) im vergangenen Herbst vor Ort erforschen.

Der dreimonatige Austausch geht auf eine Initiative von Bundesinnenminister Otto Schily und seinem französischen Amtskollegen Nicolas Sarkozy zurück. Anlässlich des 40. Jahrestages des Élysée-Vertrags beschlossen die beiden Ressortchefs, die Zusammenarbeit der Innenverwaltungen zu intensivieren. Erklärtes Ziel ist es, „die gegenseitige Kenntnis der administrativen Praxis“ und die Effizienz der „gemeinsamen Arbeit in den öffentlichen Verwaltungen“ zu fördern. So absolvierten die BMI-Mitarbeiterinnen ein Programm, bei dem sie alle Abteilungen des französischen Ministeriums kennen lernten und die für die deutsch-französische Zusammenarbeit so wichtigen Kontakte knüpfen konnten.

Von den Zahlen her ist das französische Innenministerium deutlich größer als das BMI. Die dem BMI vergleichbare Pariser Zentralverwaltung zählt etwa 5.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, das sind fast viermal so viele wie beim BMI. Insgesamt arbeiten sogar rund 170.000 Personen für das Ministère de l'Intérieur. Denn in Frankreich untersteht anders als in Deutschland die gesamte Polizei dem Innenminister. Zum französischen Innenministerium gehören zudem die Präfekturen und Unterpräfekturen (Territorialverwaltung), mit deren Hilfe die Regierung von Paris aus die gesamte staatliche Verwaltung lenkt.

Durch diese Besonderheiten sind die Aufgaben des Ministère de l'Intérieur teilweise anders zugeschnitten als im BMI. Eine große Ähnlichkeit besteht aber bei den zentralen innenpolitischen Themen wie Innere Sicherheit und Bekämpfung des Terrorismus oder Migration, Ausländer- und Asylpolitik.

Als Gewinn brachten die beiden BMI-Mitarbeiterinnen neben der Erweiterung ihres Horizonts großen dienstlichen Nutzen mit nach Berlin. Denn interkulturelle Erfahrung und Europakompetenz werden immer wichtiger – fast alle innenpolitischen Aufgaben haben heute einen europäischen Bezug.



Das Innenministerium in Paris.



Das THW in der Region um Temesvar.

## THW in Rumänien

Auf Ersuchen der rumänischen Regierung hat das Technische Hilfswerk Rumänien beim Kampf gegen Überschwemmungen geholfen. Im Osten Rumäniens waren im Juli über 12.000 Menschen aus etwa 580 Ortschaften evakuiert worden. Mehr als 20.000 Häuser, über 10.000 Brunnen und 500 Brücken wurden schwer beschädigt oder zerstört. Es handelte sich um die verheerendsten Überschwemmungen in Osteuropa seit 50 Jahren.

Das THW war bereits im Mai nach Überflutungen in der Region um die Stadt Temesvar im Westen des Landes im Einsatz. Starke Regenfälle hatten die Flüsse Bega und Timis über die Ufer treten lassen. Nach Dammbrüchen war innerhalb kürzester Zeit das große Areal in der landwirtschaftlich geprägten, niedrig gelegenen Region überschwemmt. Rund 680 Häuser stürzten ein, 1.522 Gebäude standen unter Wasser. 3.000 Menschen mussten von den Behörden evakuiert werden. Mit einer Pumpenkapazität von 70.000 Litern pro Minute wurden die Wassermassen bekämpft und der Wasserspiegel so weit gesenkt, dass die eingeschlossenen Dörfer mit Fahrzeugen wieder erreichbar waren. Weitere Hilfe brachte eine Trinkwasseraufbereitungsanlage, die die eingeschlossenen Bewohner und ihr verbliebenes Vieh mit Wasser versorgte.

>> [www.thw.bund.de](http://www.thw.bund.de)

# Die Bundespolizei

## Neuer Name – Anpassung an die Wirklichkeit



Mit Verkündung des Gesetzes zur Umbenennung am 30. Juni 2005 heißt der Bundesgrenzschutz seit Juli 2005 Bundespolizei. Die Bezeichnung „Bundesgrenzschutz“ wurde der tatsächlichen Aufgabenvielfalt der Bundespolizei längst nicht mehr gerecht; die Aufgaben beschränken sich seit langem nicht mehr nur auf den klassischen Schutz der Grenzen. Die Umbenennung in Bundespolizei erfolgte somit allein mit dem Ziel einer aufgabengerechten Namensgebung. Aufgabenerweiterungen oder Befugnisänderungen sind damit nicht verbunden.

Abteilungsleiter Bundespolizei im BMI, Dr. Rüdiger Kass

Im Sicherheitssystem der Bundesrepublik Deutschland nimmt die Bundespolizei umfangreiche und vielfältige polizeiliche Aufgaben wahr, die im Gesetz über die Bundespolizei, aber auch in zahlreichen anderen Rechtsvorschriften, wie im Aufenthaltsgesetz, im Asylverfahrensgesetz und im Luftsicherheitsgesetz geregelt sind.

Zu den Hauptaufgaben der Bundespolizei zählen:

- der grenzpolizeiliche Schutz des Bundesgebietes (Grenzschutz)
- die Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung auf dem Gebiet der Eisenbahnen des Bundes (Bahnpolizei)
- Maßnahmen zum Schutz vor Angriffen auf die Sicherheit des zivilen Luftverkehrs auf derzeit 14 Großflughäfen (Luftsicherheit)
- der Schutz von Verfassungsorganen des Bundes und Bundesministerien
- Aufgaben auf hoher See einschließlich Umweltschutz und schiffahrtspolizeilicher Tätigkeit
- Verfolgung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten in bestimmten Fällen
- Unterstützungsaufgaben für andere Bundesbehörden sowie für Bundesländer
- Mitwirkung an polizeilichen Aufgaben unter internationaler Verantwortung

### Strukturelle Gliederung

Die Bundespolizei untersteht dem Bundesministerium des Innern. Die Dienst- und Fachaufsicht übt die Abteilung Bundespolizei im BMI aus.

Innerhalb des bestehenden Sicherheitsverbundes arbeitet die Bundespolizei eng mit den Polizeien der Länder und anderen Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern und darüber

hinaus mit vielen ausländischen Sicherheitsbehörden zusammen. Mit rund 40.000 Beschäftigten, von denen mehr als 30.000 voll ausgebildete Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte sind, ist die Bundespolizei eine bundesweit verfügbare Polizei mit hohem Einsatzwert, die einen wichtigen Beitrag für den Erhalt der inneren Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland und in Europa leistet.

Die Bundespolizei gliedert sich in fünf regional zuständige Bundesmittelbehörden – die Bundespolizeipräsidien Nord, Ost, Mitte, Süd und West – und zwei Behörden mit zentralen Aufgaben – die Bundespolizeidirektion und die Bundespolizeiakademie.

Unter der Führungsverantwortung der Bundespolizeipräsidien sind 19 Bundespolizeiämter eingerichtet, darunter das Bundespolizeiamt See als maritime Komponente beim Bundespolizeipräsidium Nord. Den Bundespolizeiämtern wiederum sind insgesamt 128 Bundespolizeiinspektionen angegliedert. Außerdem werden anlassbezogen elf Bundespolizeiabteilungen als Bereitschaftspolizeiliche Komponente sowohl zur Verstärkung der Bundespolizeiämter in ihren originären Aufgabenbereichen als auch zur Unterstützung der Polizeien der Länder und anderer Bundesbehörden eingesetzt.

Jedes Präsidium verfügt zudem für dezentrale Qualifizierungsaufgaben über ein Aus- und Fortbildungszentrum sowie über eine Bundespolizeifliegerstaffel.

Darüber hinaus sind dem Bundespolizeipräsidium West die Spezialdienststellen

- Bundespolizei-Fliegergruppe,
- Grenzschutzgruppe 9 der Bundespolizei und die
- Zentralstelle für Information und Kommunikation der Bundespolizei administrativ zugeordnet.